

Keine A39 – auch nicht durch Lüneburg

Spendenaufruf

Der Bau von Autobahnen ist ein Anachronismus – gleich aus welcher Perspektive man ihn betrachtet. Der geplante Neubau der A39 widerspricht den deutschen Klimaschutzzielen, zerstört Naturräume sowie wertvolle landwirtschaftliche Fläche und setzt völlig falsche Prioritäten bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur.

Um vor Gericht gegen den nun vorliegenden [Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt 1 der A39 durch das Stadtgebiet von Lüneburg](#) mit Aussicht auf Erfolg klagen zu können, benötigen wir einen mittleren fünfstelligen Betrag. Wir brauchen Ihre Unterstützung! Jede Spende hilft uns.

Bitte überweisen Sie auf folgendes Konto mit dem Betreff „**Spende Klage A39**“:



BUND Regionalverband Elbe-Heide
IBAN: DE09 2405 0110 0006 0022 99
BIC: NOLADE21LBG

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt benötigen, geben Sie bitte auf der Überweisung Ihre vollständige postalische Adresse an. Das Finanzamt erkennt die Abzugsfähigkeit von Spenden ohne Spendenbescheinigung bis einschließlich 300 Euro durch Überweisungsnachweis (Kontoauszug) an.

Warum spenden?

Die A39 wäre die dritte Nord-Süd-Autobahnverbindung zwischen der A7 und der im Bau befindlichen A14. Gleichzeitig hat Deutschland einen massiven Sanierungsstau bei seinen Straßen. Allein in Niedersachsen sind 433 Brücken bzw. Teilbauwerke an Bundesfernstraßen baufällig. 226 Teilbauwerke an Autobahnbrücken müssen bis 2035 ersetzt werden. Wurde 2004 für die A39 noch mit Kosten von 437 Mio. Euro gerechnet, erwartete der Bund im vergangenen Jahr Aufwendungen von bis zu 2 Mrd. Euro.

Eigentlich sollte die Bedarfsplanüberprüfung zum Bundesverkehrswegeplan die Möglichkeit einer Reform von Planung und Bau von der Verkehrsinfrastruktur hierzulande bieten. Das Bundesverkehrsministerium kommt aktuell in seiner Untersuchung jedoch zu dem Schluss, dass an allen Projekten der bisherigen Bedarfspläne festgehalten werden soll. Diese Fehleinschätzung verhindert eine zielgerichtete Priorisierung der Projekte und kann dazu führen, dass neue Straßen geplant und gebaut werden, während andernorts Brücken gesperrt werden müssen.¹

Seit über 20 Jahren verhindern Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen den Bau der A39 – durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, politisches Engagement, aber vor allem durch erfolgreiche Klagen vor Gericht. Und auch einen Planfeststellungsbeschluss für die A39 haben BUND und Bürgerinitiativen beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig schon 2019 erfolgreich zu Fall gebracht.

Es gibt reichlich Themen, die in Lüneburg beklagt werden können: Fledermäuse im Lüner Holz, Goldammern an der Apfelallee in Alt-Hagen, Bauarbeiten im FFH-Gebiet Ilmenautal zerstören Lebensräume von Zauneidechse und Haubenlerche, das fehlende Umleitungskonzept im Bereich des Stadtgebiets Lüneburg etc. Zudem lassen die extremen ökologischen Raumwiderstände in den anderen Bauabschnitten offen, ob die A39 hier weiter gebaut werden kann.

Diese Argumente kann der BUND vor Gericht nur geltend machen, wenn wir die Kosten für eine Klage aufbringen können. Wir sind daher dankbar für jede Spende.

Warum noch einmal spenden?

Warum sollten Sie, wenn Sie in der Lage dazu sind, noch einmal spenden, denn [schon im September 2024 gab es ja einen Spendenaufruf des BUND?](#)

Bei dem vorherigen Aufruf ging es um eine Klage gegen den 7. Abschnitt der A 39 bei Gifhorn. Jetzt geht es um eine Klage gegen den 1. Abschnitt bei Lüneburg. Das ist ein eigenes Verfahren, und dieses wurde gerade mit dem Planfeststellungsbeschluss beendet. Die A 39 wurde in 7 Abschnitte unterteilt. Jeder wird davon einzeln genehmigt. Deshalb muss man auch gegen jede einzelne Genehmigung einzeln vorgehen. Die Klage gegen den 7. Abschnitt hat mit dem 1. Abschnitt so gut wie nichts zu tun, obwohl natürlich viele Argumente für eine Klage recht ähnlich lauten werden.

¹ Dazu eine Pressemitteilung des BUND vom 20.1.2025: [Bundesverkehrswegeplan 2030: BUND fordert Abkehr von bisherigen Bedarfsplänen](#). Dort gibt es auch mehr zur [Einordnung des BUND zur Bedarfsplanüberprüfung zum Bundesverkehrswegeplan 2030](#) sowie einen Hinweis zur Themenseite [„Verkehrsinfrastruktur: Straßenbau erhöht den Verkehr, nicht die Mobilität!“](#) mit Infos zum Bundesverkehrswegeplan 2030.